

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 9 (1989)
Heft: [2]: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital

Artikel: "Low Intensity Conflict" : Aspekte der Aufstandsbekämpfung und "Entwicklungspolitik"
Autor: Thalmann, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652676>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Low Intensity Conflict“

Aspekte der Aufstandsbekämpfung und „Entwicklungspolitik“ *

Wenn es darum geht, den Widerstand gegen Weltbank und IWF zu formieren, bedeutet dies für uns, diese beiden Instrumente des Finanzkapitals in all seinen Erscheinungsformen, in denen es die Menschen zu unterwerfen und auszubeuten versucht, zu erfassen. Überall dort, wo gegenwärtig das patriarchal-kapitalistische Akkumulationsmodell (1) herrscht, entsteht Widerstand. Längst schon sind deshalb die Kapitalstrategen dazu übergegangen, präventiv zu denken und weltweit aufstandsbekämpfende Konzeptionen und Massnahmen durchzusetzen, so auch in der Schweiz (2).

Nachdem im Verlauf des 2. Weltkriegs klar wurde, dass die USA als stärkste Macht aus ihm hervorgehen werden, sahen die Nachkriegsplaner der USA endlich die Möglichkeit, den Traum vom „American Century“ zu verwirklichen. Die USA festigten ihre Hegemonie über die ökonomischen Institutionen wie der Weltbank und dem IWF und über politische Institutionen wie die Vereinten Nationen (3).

Die Weltbank hat sich inzwischen zur mächtigsten „Entwicklungsorganisation“ gemausert. Die 1988 beschlossene Aufstockung des Weltbankkapitals um 80 Prozent auf 171 Mrd. Dollar und eine jährliche Kreditvergabe von über 20 Mrd. Dollar unterstreichen ihre zentrale Stellung (4). Die Weltbank ist für die langfristigen Kredite zuständig, mit denen u.a. Infrastruktureinrichtungen für die neu anzusiedelnden Multis finanziert werden. Damit verfolgte sie ihren ursprünglichen und bis heute gültigen Bestimmungszweck: die Ausdehnung des „freien“ Welthandels unter Wahrung der US-Hegemonie (5).

Zuallererst mussten, so kann man heute feststellen, die historisch gewachsenen Ökonomien, meist Subsistenzproduktionen, die Traditionen und kulturellen Werte, der dörfliche Zusammenhang, angegriffen, vereinnahmt oder zerstört werden, um Menschen für die kapitalistische Verwertung freizusetzen. Dieser Prozess hat eine Geschichte, auf die im folgenden einzugehen ist.

Die „Allianz für den Fortschritt“ und die Counterinsurgency

Auf die neuen Industrien und Produktionsweisen reagierten die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nicht nur so, wie die ausländischen Investoren es sich nach dem 2. Weltkrieg gedacht hatten. Als die kubanische Revolution 1959 siegte, zog der damalige US-Präsident J.F. Kennedy mit der „Allianz für den Fortschritt“ sogleich die notwendigen Schlüsse; er erkannte, dass jede Revolutionsverhinderung eine starke Reformkomponente beinhalten muss: US-„Wirtschaftshilfe“ und Anregung von Reformen (v.a. Landreformen) sollten die Ökonomien der betreffenden Länder dyna-

misieren und eine breitere Schicht „neuer Mittelklassen“ hervorbringen, die – von Wertvorstellungen des „American Way of Life“ und des kapitalistischen Fortschritts durchdrungen – als soziale Puffer dienen sollten. Konzipiert wurde dies im Programm der „Grünen Revolution“ (6). Neue Formen von maschineller Agrarproduktion und neuentwickelte Hohertragsarten wurden eingeführt. Die Kredite zur Anschaffung der neu benötigten Maschinen, des Kunstdüngers und des Saatgutes wurden von der Weltbank gewährt. Die Kleinbauern und Subsistenzbauern und -bäuerinnen mussten bald kapitulieren, da sie die Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten. Es kam zu massiven Abwanderungen in die Städte, die Slums wuchsen an, und es entstand eine sich ständig vergrößernde Zahl mobiler und billiger ArbeiterInnen.

Diesem Versuch der forcierten Bildung neuer Mittelklassen auf Kosten einer Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wurden repressive Instrumente beigegeben. Vor allem die immense Zerstörung der Subsistenzwirtschaft war ein Grund mehr für die sich stärker ausbreitenden Bauernrevolten und die anwachsenden Guerillabewegungen (z.B. Brasilien und Peru (7)). Deshalb initiierte Kennedy im Januar 1962 durch sein „National Security Action Memorandum No.124“ ein hochrangiges interministerielles Komitee, das parallel zur „Grünen Revolution“ ein modernisiertes umfangreiches Programm zur Counterinsurgency auszuarbeiten hatte. Hauptpunkt bildete die erhöhte Bedeutung der wissenschaftlichen Kriegsführung gegen Befreiungsbewegungen: Im Solde der Aufstandsbekämpfung spezialisierte sich ein Riesenheer von SoziologInnen, PsychologInnen, Public Relation ExpertInnen usw., um je nach Land und Situation ein speziell angepasstes Befriedungsmodell zu entwickeln (8). U.a. entstanden die berühmten „Green Berets“ als Elitetruppe zur präzisen Intervention in dieser Zeit.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, mit welcher Selbstverständlichkeit das Militär und die CIA die nach aussen harmlos wirkende „Agency for International Development“ (AID), die US-Entwicklungsbehörden, zum Zwecke der Counterinsurgency einbinden konnten. So etwa, wenn die AID Polizisten von Ländern des Trikonts in Foltertechniken unterrichtete und diese zugleich für den CIA zu rekrutieren versuchte (9).

Das strategische Problem des Konzepts der „Allianz für den Fortschritt“ war und ist, dass es an den Ursachen des Konflikts ansetzen will, d.h. sich stark ökonomisch und sozial orientiert. Da dieses Programm gerade die Funktion hat, den Status quo in modifizierter Form und eben durch diese Modifikation zu erhalten, stösst es bald an Grenzen: Die Reformen dürfen nicht dem Interesse des Kapitals widersprechen, d.h. sie dürfen weder die Macht noch die sozialen Strukturen grundsätzlich in Frage stellen und sind deshalb nur in einem taktisch begrenzten Spielraum möglich. Die Counterinsurgency-Planer müssen eine schwierige Gratwanderung vollbringen: ihre Reformen müssen weitreichend genug sein, um Illusionen über einen Wandel zu wecken, und begrenzt genug, um die Machtstrukturen nicht zu erschüttern. Dies ist mit ein Grund, wieso „psychologische Operationen“ und „psychologische Kriegsführung“ integrale Bestandteile von Counterinsur-

gency wurden, denn das Wesen der Reformen musste von einem taktischen Manöver zu einem wirklichen Wandel uminterpretiert werden (10).

Die „Investition in die Armen“ und die Frauenpolitik der Weltbank

Anfangs der 70er Jahre erklärten selbst die Strategen der Weltbank ihr bisheriges entwicklungstheoretisches Konzept für gescheitert. Die Konzeption der neuen Strategie, der sogenannten „Grundbedürfnisstrategie“ (11), von KritikerInnen als „Investition in die Armen“ (12) bezeichnet, selektionierte von Anfang an unter der ländlichen Bevölkerung nach „target groups“. Dieser Strategieansatz der Weltbank stösst an dieselben Grenzen wie die Counterinsurgency der Kennedy-Ära. Um die gesellschaftlichen Voraussetzungen dieser Strategie, die Umverteilung von politischer und ökonomischer Macht zu erreichen, bräuchte es ja eine radikale linke Politikstrategie. McNamara, der 1966 als Kriegsminister des US-Imperialismus massgeblich für die Eskalation des Waffeneinsatzes in Vietnam verantwortlich gewesen war, hatte 1968 als Weltbankpräsident seine Ansichten über die Verteidigung des kapitalistischen Weltsystems geändert, wenn er meinte, „...dass 1 Dollar mehr für Waffen weniger Sicherheit einbringt als 1 Dollar für Entwicklungshilfe“ (13).

Als die Weltbank unter dem Vorsitz von McNamara ihre „Grundbedürfnisstrategie“ vorantrieb, stiessen ihre Planer bald einmal auf die Frauen als „ungenutztes Humankapital“, das bislang nicht systematisch an die Warenproduktion angekoppelt worden war. Als Schlüsselgestalten in der agrarischen Subsistenzproduktion, der Gesundheitsversorgung, generell im informellen Sektor vieler Trikontländer sollten sie als „Entwicklungsträgerinnen“ besonders „produktiv“ genutzt werden (14). Die „Entwicklungspolitik“ der Weltbank – und mit ihr vieler nationaler und privater Organisationen – umfasst hauptsächlich drei Ziele: Bevölkerungskontrolle als integraler Bestandteil der „Entwicklungspolitik“ (15), die Ankoppelung und Subsumtion der „äusserst produktiven Ressource Frau“ in die Warenproduktion und den kapitalistischen Weltmarkt, und schliesslich die Befriedung wachsender sozialer Unruhen durch unbezahlte Überlebensarbeit („Food for work“).

Für unser Interesse an Strategien von „Entwicklungspolitik“ sind die erste und dritte Zielbestimmung wichtig.

Die Entwicklung der Bevölkerungskontrolle

Die meisten Entwicklungsorganisationen machten in den 60er Jahren Bevölkerungskontrolle zu einem integralen Bestandteil ihrer Politik. Gleichzeitig wurde als wunderbar lineares und eingängiges Erklärungsmodell der Mythos der „Überbevölkerung“ zur Legitimierung dieser Politik reaktiviert (16).

Die Weltbank gründete 1969 mit der UNO die „United Nations Fund of Population Activities“ (UNFPA), die 1984 immerhin über 140 Mio Dollar

verfügte. Die UNO und die Weltbank unter Zuhilfenahme der UNFPA schufen in der Folge – tatkräftig unterstützt vom Privatkapital, v.a. der Pharmaindustrie (Ciba-Geigy, Rockefeller- und Ford Foundation) – ein vielfältiges theoretisches wie praktisches Instrumentarium zur Propagierung und Durchsetzung der Bevölkerungskontrolle (17). Es reicht von moralischen Appellen an die Eigenverantwortlichkeit über politische Erpressung wie die Bindung von Weltbankkrediten an die Durchführung von nationalen Familienplanungsprogrammen bis zu brutalen Zwangsanwendungen wie die Präparierung von Nahrungsmittelhilfen mit sterilisierenden Substanzen (18). Vielen Regierungen blieb nur die Alternative, sich entweder dem Diktat der internationalen Kreditvergabebedingungen zu unterwerfen oder die Bevölkerung ihres Landes Hungerkatastrophen auszusetzen.

Hier einige Beispiele zur Darstellung des Ausmasses dieser Bevölkerungspolitik:

- 1971 wurde mit Unterstützung des AID in Indien ein Familienplanungsfest durchgeführt, bei dem im Verlauf von 3 Tagen ca. 63'000 Männer sterilisiert wurden, die zuvor mit einer Einkaufstasche voll Reis und Kleidung geködert worden waren. 1976 wurden innerhalb von neun Monaten 7,6 Millionen Männer sterilisiert (19).
- „In Bangladesh haben Frauen nach den Überschwemmungen des Jahres 1984 Nahrungsmittelhilfe aus ausländischen Nahrungsmittelhilfen erst dann erhalten, wenn sie sich zu einer Sterilisation bereit erklärten“ (20).
- In Thailand werden die Rückzahlungsbedingungen für Kredite gestaffelt, je nachdem welche Verhütungsmethode die Familie benützt. Am günstigsten ist der Zinssatz, wenn sich der Mann sterilisieren lässt, einen zusätzlichen Rabatt gibt es, wenn noch ein Nachbar von der Familienplanung überzeugt wird (21).
- In Mexiko sind 28,8 Prozent aller Mexikanerinnen im gebärfähigen Alter sterilisiert, bei den Indiofrauen über 30 Jahren liegt der Prozentsatz dagegen schon bei 58 Prozent (22).

Grundsätzlich geht es bei dieser „Zielgruppe“ in der Bevölkerungspolitik um die Kontrolle über die primärste Produktivkraft durch die Männerherrschaft: die Gebärfähigkeit der Frauen. Soll das Arbeitsvermögen der Frauen zudem in einem „Entwicklungsprojekt“ oder für die Weltmarktindustrie optimal genutzt werden, dann sind sie als Frauen, die gesundheitlich durch viele Schwangerschaften und Geburten geschwächt und durch die Versorgung der Kinder belastet sind, dafür weniger geeignet. Nochmals McNamara, der deutlich genug war: „In Lateinamerika ist es sauberer und wirksamer, die Guerillakämpfer in der Gebärmutter zu töten als auf den Bergen oder auf den Strassen“ (23).

„Food for work“

Das vielseitige und fast „unerschöpfliche Arbeitsvermögen“ der Frauen lässt sie ausschliesslich als Retterinnen in diversen Notsituationen erscheinen. Fürsorge und Ausbildungsmassnahmen, vom Aufbau von Entbin-

dungsstationen, Familienplanungszentren bis zur Hygiene-, Ernährungs- und Hauswirtschaftslehre, dienen der Erhaltung der kaum oder nicht bezahlten gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit. Die Effektivierung hausfraulicher „Tätigkeit“, d.h. der unbezahlten Überlebensarbeit dient der Basisversorgung der Verarmten und befriedet damit zugleich die für das internationale Kapital und die einheimischen Eliten immer bedrohlicher werdenden sozialen Widerstandskräfte.

Dieselbe Funktion haben die von der AID geförderten „Food for work“-Programme. Es ist dies eine Form der Arbeit, die immer mehr Frauen aus den Elendsvierteln erfasst und die zeigt, dass tendenziell immer mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit in „Selbsthilfe“ von Frauen erledigt wird. Im Lima z.B. können Frauen im „kommunalen“ Interesse stehende Arbeiten verrichten wie Müllbeseitigung, Latrinen bauen, Leitungen legen, Schulen errichten und Volksküchen führen. Als Entschädigung dafür erhalten sie Lebensmittel, deren Wert nur einen Bruchteil des gesetzlichen Minimallohns ausmacht und die nicht der gewohnten Nahrung der Menschen dort entsprechen. Die harte, meist gesundheitsgefährdende Arbeit führt dazu, dass viele Frauen aus den Programmen ausscheiden. Da sie auf dem Arbeitsmarkt aber chancenlos sind, kehren viele nach einer Weile zurück.

Die Folgen dieser Programme sind nicht nur materieller Natur, sondern auch ideologischer. Statt Klassenkampf herrscht Überlebenskampf, statt Widerstands-Recht auf ein menschenwürdiges Dasein entsteht eine unterwürfige Haltung oder Dankbarkeit gegenüber Almosen. Die Bevölkerung in den Elendsvierteln wird dazu gebracht, die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse als individuell und „kooperativ“ lösbares Problem zu sehen – isoliert von der gesamtgesellschaftlichen Lage. Statt kämpferische Solidarität wird die Rivalität untereinander geschürt.

„Low Intensity Conflict“ – ein Konzept der Aufstandsbekämpfung

Die Kontrolle des Wirtschaftsraums („Grand Area“) im Trikont ist für die USA von strategischer Bedeutung. Wenn auch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie eine solche Kontrolle am wirksamsten erreicht werden kann – das Ziel bleibt unumstritten: Der Trikont wird nach wie vor als Ressource von Rohstoffen und Energie, als Absatz- und Investitionsmöglichkeit eines kapitalistisch strukturierten Weltmarktes gesehen. Das Streben nach Kontrolle des Trikonts ist daher eine der Konstanten der US-Außenpolitik.

Zwei grundlegende Strategien der Aufstandsbekämpfung mit unterschiedlichen Akzentsetzungen sind bekannt. Die eine Strategie wird traditionell als „Politik des dicken Knüppels“ oder als „Politik der Stärke“ bezeichnet. Die andere Strategie lässt sich als eher „integrative Politik“ beschreiben. Sie verzichtet zwar nicht auf Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele, hält diese aber für unzureichend. Die Stabilisierung eines Trikontlandes unter US-Kontrolle ist nur zu sichern, wenn die inneren Verhältnisse dieses Landes es erlauben. Unpopu-

läre und kostspielige militärische Befriedungsaktionen sollen so minimiert werden. Unter der Carter-Administration wurde neben der Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Reformen die Menschenrechtspolitik betont (24).

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Aufstandsbekämpfung unter der Bezeichnung „Counterinsurgency“ zu einer systematisch betriebenen US-Strategie zur Kontrolle des Trikonts. Die erste Welle der Counterinsurgency kurz nach dem 2. Weltkrieg wirkte noch stark improvisiert und oft experimentell (Philippinen, Malaysia, Griechenland). Die Kennedy-Administration sorgte dann anfangs der 60er Jahre – nach dem Erfolg der kubanischen Revolution und einer Reihe von Aufständen, so in Indochina, Thailand, Philippinen, Indien – mit beträchtlichem Aufwand dafür, dass Counterinsurgency weiter ausgebaut und ihr Instrumentarium differenziert wurde. Der verlorene Aggressionskrieg in Vietnam bedeutete das Scheitern der US-Aufstandsbekämpfungsstrategie. Zudem hatte die Counterinsurgency die internationale Kritik auf sich gezogen, als Folter, Konzentrationslagerähnliche „strategische“ Dörfer oder die „Operation Phoenix“ in der Öffentlichkeit bekannt wurden (Hippler 1986). Unter der Regierung von Reagan ist Counterinsurgency in den 80er Jahren erneut zu einem der wichtigsten Politikinstrumente der USA im Trikont geworden; dabei wurde ein neuer politisch-militärischer Terminus in die Diskussion eingeführt: Low Intensity Conflict (LIC).

Der sogenannte Kissinger-Report (25) vom Januar 1984 ist ein wegweisendes Dokument der LIC-Strategie. In ihm werden die militärischen und wirtschaftlichen Richtlinien für die zweite Hälfte der 80er Jahre in Zentralamerika festgelegt, um eine Eskalierung der Konflikte und einen ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern. Am ausführlichsten wird auf El Salvador eingegangen.

Der Bericht fordert für El Salvador eine Kombination „militärischer Operationen mit nachfolgenden zivilen Massnahmen, um die Landwirtschaft und den Handel wiederherzustellen“. Der Plan beabsichtigt, Sicherheitszonen zu schaffen, in welchen die salvadorensischen Campesinos ihre Früchte anbauen, ernten und vermarkten können und die industrielle Produktion wieder aufgenommen werden kann. Die zunehmende militärische Unterstützung sieht vor, die Armee dem Bewegungskrieg der Guerilla anzupassen, einerseits durch Schaffung der nötigen Infrastruktur (Strassen, Brücken, elektronische Überwachung usw.), andererseits durch die verstärkte Ausbildung und Formierung von Spezialeinheiten wie den „Special Operation Forces“.

Auf wirtschaftlicher Ebene betont der Bericht:

„US-Wirtschaftshilfe sollte verwendet werden, um technische und finanzielle Unterstützung für Handels- und Exportvermarktungsgesellschaften und innovative exportorientierte joint-ventures zwischen zentralamerikanischen und auswärtigen Unternehmen zu sichern. (...) in Zukunft sollte dies höchste Priorität haben. Die zentralamerikanischen Länder (...) können eventuell wichtige Produktionszentren für Waren von niedriger und mittlerer Technologie für den Export in die USA, in den Rest von Lateinamerika und nach Europa werden. (...) Wir empfehlen die Entwicklung von Hilfsprogrammen zur Förderung von Kleingewerben, inklusive Kleinstgewerbe. Das Kleingewerbe bildet das Rückgrat dieser Volkswirtschaften.“

Aber der Krieg in Zentralamerika geht weiter und sieht vielfältig aus: Während in El Salvador Dörfer und Städte durch die Luftwaffe des Regimes bombardiert werden, in Guatemala unter Einsatz von US-Experten grosse Waldgebiete entlaubt werden, Honduras ein von US-Truppen besetztes Land ist, werden in Nicaragua Busse überfallen und GesundheitsarbeiterInnen bei Impfkampagnen entführt oder ermordet, werden in El Salvador die Todesschwadronen ausgebildet und wird vom IWF sowie IDB (Interamerikanische Entwicklungsbank) der San Lorenzo Staudamm finanziert (26).

LIC ist demnach nicht nur eine neue Militärstrategie, sondern ein integriertes Politikkonzept, wie uns die Definition aus dem Handbuch der Dienstvorschriften des US-Heeres FC 100-20 vom Mai 86 bestätigt:

„LIC ist ein begrenzter politisch-militärischer Kampf zur Erreichung politischer, militärischer, sozialer, wirtschaftlicher oder psychologischer Ziele. Er ist oft von längerer Dauer und reicht von diplomatischem, wirtschaftlichem und psychologischem Druck bis zu Terrorismus und Aufständen. LIC ist im allgemeinen auf ein bestimmtes geographisches Gebiet begrenzt und wird oft durch Einschränkungen der Bewaffnung, Taktik und des Gewaltniveaus gekennzeichnet. LIC beinhaltet die tatsächliche oder erwogene Anwendung militärischer Mittel bis unterhalb der Schwelle des Kampfes zwischen regulären Streitkräften“ (27).

Ort des Einsatzes von LIC-Strategien sind

„die Entwicklungsländer, wo unsere nationalen Interessen stetig und indirekt einer Erosion ausgesetzt waren und sind. (...) Während man der Meinung sein kann, dass eine einzelne, isolierte Episode die USA nicht in bedeutender Weise bedroht, stellt uns die Häufung dieser subtilen, aber wachsenden Herausforderung der US-Interessen vor ein beträchtliches Risiko. (...) Die Armee muss in der Lage sein, zu diesen weniger sichtbaren, aber lebenswichtigen Kämpfen, die den grössten Teil der Welt kennzeichnen, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten. (...) Der LIC widersetzt sich rein militärischen Lösungen. Er fordert ein interdisziplinäres Herangehen, das das Wechselspiel von sozialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Faktoren erkennt. (...) Der LIC ist ein verwickeltes Problem auf vielen Ebenen und mit vielen Dimensionen, dessen Wurzeln in der Veränderung liegen. Der Prozess der Modernisierung bringt gesellschaftliche und psychologische Unruhe hervor, wodurch Bedingungen geschaffen werden, die von denen ausgenützt werden können, die Macht wollen oder Abhilfe für soziale Missstände schaffen wollen“ (28).

Aufschlussreich ist auch die Beschreibung des LIC durch den US-Oberstleutnant J.S. Fulton:

„LIC's haben die Tendenz, den menschlichen Anteil gegenüber den materiellen zu betonen. In den weniger entwickelten Ländern sind die Leute die am meisten benutzbare Ware, die es normalerweise im Überfluss gibt und die oft eine geringe Priorität haben, wenn es um deren Schutz geht. Material und Produktionsmittel sind andererseits Mangelwaren, die sorgfältig eingesetzt werden.

Der LIC hat die Tendenz sich zeitlich auszuweiten. Zeit ist auch eine im Überfluss zur Verfügung stehende Ware in weniger entwickelten Nationen. (...) Der Sinn des Westens für die Dringlichkeit der Lösung von Problemen ist in einem grossen Teil der Dritten Welt kein Faktor. Die Verhältnisse können für die meisten Menschen gar nicht schlechter werden. (...)

Der LIC geht von einem Volk unter Waffen aus. (...) Im LIC wird angenommen, dass die ganze Bevölkerung in den Konflikt eingebunden ist, entweder unmittelbar im Kampf oder als Unterstützungsbasis für Operationen“ (29).

Bei den alten Konzepten der Aufstandsbekämpfung war das Ziel klarer: Es ging um die Niederwerfung eines Aufstandes und damit in der Regel um die Wiederherstellung des alten Zustandes. Beim LIC wird nun betont, dass es sich um eine entsprechende Übernahme von revolutionären Guerillastrategien („Konzept des langandauernden Volkskrieges“) handelt.

Der aktuelle Bericht der Kommission für eine „integrierte Langzeitstrate-

gie“ schreibt in seinen Richtlinien für eine „abgestufte Abschreckung“ zum LIC:

„Wir müssen hinsichtlich der Konflikte mit geringer Intensität bedenken, dass sie als Form der Kriegsführung nicht nur Sache des Verteidigungsministeriums sind. In vielen Situationen werden die Vereinigten Staaten nicht nur Personal und Materialien des Verteidigungsministeriums, sondern auch Diplomaten und Informationsspezialisten, Landwirtschaftschemiker, Bankiers und Ökonomen, Hydrologen, Kriminologen, Meteorologen und eine ganze Reihe weiterer Fachleute benötigen. (...)“.

Im weiteren werden 6 Richtlinien für die LIC Strategie aufgeführt:

- „1. US Streitkräfte werden im allgemeinen keine Kampftruppen sein. (...)“
2. Die Vereinigten Staaten sollten antikommunistische Aufstände unterstützen. (...)“
3. Die Sicherheitshilfe erfordert eine neue Gesetzgebung und mehr Mittel. (...)“
4. Die Vereinigten Staaten müssen mit ihren Dritte-Welt-Verbündeten an der Entwicklung „kooperativer“ Streitkräfte arbeiten. (...)“
5. In der Dritten Welt sollte die Strategie der USA (...) danach trachten, unsere technologischen Vorteile maximal zu nutzen. (...)“
6. Die Vereinigten Staaten müssen Alternativen zu Stützpunkten im Ausland entwickeln. (...)“ (30).

Zu einem Zeitpunkt, da die Vormachtstellung der USA abbröckelt, wird beim LIC eine Neudefinition der Kriegsführung vorgenommen. Sara Miles schreibt dazu:

„Das Besondere und Erschreckende an der Strategie des LIC liegt darin, dass ein Sieg in dem Sinne, wie wir ihn verstehen, nicht mehr so entscheidend ist – zumindest weniger entscheidend als die Schaffung eines Systems zur permanenten Kriegsführung in der Dritten Welt. (...) Sie verstehen Krieg als permanente weltweite Auseinandersetzung. Die Strategie des LIC ist nicht nur eine kurzlebige Mode, ein Zufallsprodukt oder das Aufflackern von Kampfhandlungen in Konfliktgebieten; sie ist die neue Norm der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Nationen der Dritten Welt“ (31).

Aus dem bisher Gesagten, den Beschreibungen und Dokumenten, lässt sich unschwer erkennen, dass selbst der Begriff „Low Intensity Conflict“ Teil einer psychologischen Kriegsführung ist – auch für die Linke in den Metropolen. Denn hinter dem Schein der Harmlosigkeit, den der Begriff assoziieren will, herrscht für die betroffene Bevölkerung in der Realität ein totaler Krieg, ein Krieg auf allen Ebenen.

* Dieser hier stark gekürzte Beitrag versteht sich als Teil einer Zusammenfassung von Diskussionen in der LIC-Gruppe anlässlich des Kongresses in Zürich im Oktober 1988. In der LIC-Gruppe arbeiten AktivistInnen aus verschiedenen Solidaritätskomitees.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Einleitung in: Claudia v. Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomson: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbeck 1988.
- 2) Die Funktion der Schweiz, Rückzugsgebiet und Umschlagplatz für das internationale Kapital zu sein, bedingt eine absolut „keimfreie“ soziale Situation, d.h. die Repression muss hier noch präventiver funktionieren als anderswo. Vgl. dazu auch KGI: Aufstandsbekämpfung als präventive Konterrevolution. In: Widerspruch 14/87.
- 3) Noam Chomsky: Turning the Tide. US Intervention in Central America and the Struggle for Peace, Boston 1985. Heinz Dieterich: Die Geburt der Freien Welt aus dem Geist des Kapitals. In: Widerspruch 15/88.
- 4) Vgl. dazu: Thomas Fues/Barbara Unmüßig: Entwicklungspolitische Strukturreformen in der Dritten Welt: Die Weltbank als neue Hoffnungsträgerin? In: Peripherie Nr. 33/34, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Münster 1988.

- 5) So formuliert Artikel 1 im Abschnitt I als Zweck der Bank: „To assist in the reconstruction and development of territories of members by facilitating the investment of capital for productive purposes.“ Abgedruckt in: Rainer Tetzlaff: Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer? München 1980, S.7.
- 6) Harry Cleaver: Wird die Grüne Revolution – rot? In: Steve Weissman (Hg.): Das Trojanische Pferd, Die „Auslandhilfe“ der USA, S.89-115.
- 7) Ernest Feder: Agrarstruktur und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1970.
- 8) Krippendorff: Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozess und Instrumentarium der amerikanischen Aussenpolitik, Frankfurt 1970, S.300 ff.
- 9) Jochen Hippler: Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt, Köln 1986, S.20-24.
- 10) Vgl. dazu: Counterinsurgency Planing Guide, Ford Bragg, Text Nr.31-176, speziell Punkt 2.7.-2.9. über Psychologische Operationen.
- 11) Robert Mc Namara: Ansprache an den Gouverneursrat der Weltbank, Nairobi 24.9.1973 (sogenannte „Nairobi-Rede“).
- 12) V.a. Veronika Bennholdt-Thomson: Investition in die Armen. Zur Entwicklungspolitik der Weltbank. In: Bennholdt-Thomson (Hrsg.): Lateinamerika, Analysen und Berichte Nr.4, Berlin 1982, S.97-119.
- 13) Zitiert in: Susan George: Wie die anderen sterben. Die wahren Ursachen des Welthungers, Berlin 1978, S.188.
- 14) Maria Mies: Die Krise ist eine Chance: Subsistenz statt „Entwicklung“. In: Elmar Altvater et al.: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S.198-199.
- 15) Z.B. schreibt die Weltbank: „Auf lange Sicht gewinnt allerdings die Bevölkerungspolitik ganz entscheidendes Gewicht innerhalb jeder Strategie, die darauf gerichtet ist, Produktivität und Einkommen (...) zu steigern.“ In: Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1979, Washington, S.64.
- 16) Widerlegt wird dieser Mythos u.a. in: Christa Wichterich: Der Mythos der Überbevölkerung als Mittel zur Kolonialisierung der Frauen in der Dritten Welt. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr.14, Köln 1985.
- 17) Susan Heim/Human Betterment: Zwangssterilisation und Retortenbabies, In: Heidrun Kaupen-Haas (Hg.): Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Hamburg 1986, S.129-166.
- 18) Bonnie Mass: Population target. The political economy of population control in Latin America, Toronto 1976.
- 19) Die Tageszeitung (TAZ) vom 11.8.84.
- 20) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 16.7.87.
- 21) Die TAZ, 26.4.86.
- 22) Vgl. Bonnie Mass, a.a.O.
- 23) Zitat in: Sieglinde Braeucker: Frauenwiderstand in Lateinamerika, Hamburg 1982, S.162.
- 24) Jochen Hippler: Menschenrechte und die „Politik der Stärke“. USA und Lateinamerika seit 1977, Duisburg 1984.
- 25) Report of the National Bipartisan Commission on Central America (Kissinger Report), Washington, 1984; z.T. auf dt. in: Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.1, Zentralamerika, Mexiko, Klassenkämpfe ohne Grenzen, S.62-64.
- 26) John Kelly/Walden Bello: El Salvador und Nicaragua – Kredite und Klassenkampf. In: Jochen Hippler (Hg.): „Amerika muss die Führung übernehmen...“. USA, Militärpolitik und Dritte Welt, Ausgewählte Beiträge aus der amerikanischen Zeitschrift Counterspy, Duisburg 1983, S.153-161.
- 27) Zitiert in: blätter des iz3w, Nr.151, Aug.1988, S.54.
- 28) Donald R. Morelli/Michael M. Ferguson: Low Intensity Conflict: An Operational Perspective. In: Military Review, Fort Leavenworth, Kansas, November 1984.
- 29) John S. Fulton: The Debate About Low Intensity Conflict. In: Military Review, Kansas, Febr. 1986. Die Elemente einer „policy of counterrevolution on the cheap“ erläuterte später der Ex-US-Aussenminister George Shultz explizit in seiner am 15.1.1986 an der Washingtoner National Defense University gehaltenen Rede: Low-Intensity Warfare. The Challenge of Ambiguity. In: Current Policy, Washington, Nr. 783/1986

- 30) Discriminate Deterrence, Report on The Commission on Integrated Long-Term Strategie, Co-Chairman: Fred C. Iklé/Albert Wohlstetter, Washington, 11.1.88. Auszüge abgedruckt in: AIB, Dritte Welt Zeitschrift, Nr.7, 1988, Marburg.
- 31) Sara Miles: The real war. Low intensity Conflict in Central America. In: NACLA, Nr.2, April/Mai 1986.

Guy Barrier

Merkwürdigkeiten der Solidaritätsbewegung

Um es vorwegzunehmen: Die Hoffnungen der Drittwelt-Organisationen und Solidaritäts-Komitees, die in Zürich im Herbst 1988 den Kongress ‚Von der Information zum Widerstand‘ vorbereiteten, haben sich nur sehr begrenzt erfüllt. Geplant war eine ‚Verschuldungskampagne‘, die der Kongress mitinitiiieren sollte; davon kann heute keine Rede sein. IWF und Weltbank operieren weiter. Auch nach dem Kongress kam zwischen den aktiven Gruppen keine Diskussion zustande u.a. über die zentrale Frage, inwiefern die Verschuldungspolitik der kapitalistischen Industrienationen als Motor eines neuen Akkumulationsmodells dient und wie sich die Folgen dieser Neuentwicklung auswirken auf den revolutionären Widerstand bei uns hier im Norden wie im Süden.

Festzustellen bleibt, dass es einigen länderbezogenen Solidaritäts-Komitees und entwicklungspolitischen Organisationen nach einem Jahrzehnt getrennter Praxis zumindest gelang, während des Kongresses und danach Debatten über Themen erneut aufzugreifen, die in der Solidaritätsbewegung bisher nicht oder nur am Rand Platz fanden. Insbesondere die Komitees und projektbezogenen Drittwelt-Gruppen kümmerten sich kaum um die weltweiten Zusammenhänge von ökonomischen, politischen und militärischen Strategien der imperialistischen Blöcke USA, EG und Japan sowie deren Rückwirkungen auf unsere Realität. Sie begriffen sich nicht mehr als handelnde Subjekte im internationalistischen Widerstand, sondern mehr denn je als Kofferträger, Spendensammler und „diplomatischer Arm“ der Befreiungsbewegungen in der Drittwelt-Szene.

Geprägt wird jedoch das Bild der Drittwelt-Bewegung in der Schweiz nicht von ihnen, sondern von einer ganzen Palette staatlich und kirchlich finanzierter Hilfswerke und Unterstützungsvereine (140!), die international wie in ihrem eigenen Land eine höchst zwiespältige Rolle spielen. Ohne Zweifel, Regierungen befreiter Staaten und VertreterInnen von Befreiungs- und Basisbewegungen im Trikont benötigen dringend ihre materielle Hilfe. Als Komiteemitglied erlebte ich oft genug, wie sich die Companeros/as und Comrades die Türklinden dieser Institutionen reichen. Andererseits zeigte der Berliner IWF- und Weltbanktreff u.a. die gegenseitige Anbiederung zwischen den Agenten des transnationalen Kapitals und den Nicht-gouvernementalen Organisationen (NGO's). Um entstehende „externe Kosten“ (Naturvernichtung) zu bemessen, sich an Aufforstungsprogrammen und